Das Gegen-Konzept zur Wirtschaftspolitik 1995

Oliver Kloss

in: NEUES FORUM Bulletin 39, 23. 05. 1995, S. 6 f.

Alljährlich lässt sich die Bundesregierung ihre Wachstumsprognosen von den sogenannten „Fünf Weisen" überreichen. Deren wirtschaftspolitische Ratschläge dienen der Bundesregierung als Argumentationshilfe bei stereotyper Wiederholung ihrer ideologischer Leitsätze, die sich kurz und paradox zusammenfassen lassen: Profitmaximierung mittels Reallohnsenkung führt zu allgemeinem Wohlstand und Erhöhung der Beschäftigtenzahl.
Mag diese Ideologie auch offensichtlich widersprüchlich anmuten, so wird sie doch von vielen geglaubt, selbst von Menschen, die auf anderen Gebieten durchaus misstrauisch genug sind, um Interessenverschleierung zu durchschauen.
Die alte Goebbels-Regel, es gäbe keine Lüge, die nicht durch stete Wiederholung in den Rang einer Wahrheit geadelt werden könne, trägt besonders dann geistige Früchte, wenn nur noch die Einheitsmeinung und kaum eine fundierte andere Meinung mehr zu vernehmen ist.
Unbeeindruckt von regierungsnahen Wirtschaftsinterpretationen veröffentlicht aber die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik aus Bremen seit 1975 in jedem Frühjahr ein Gegenkonzept. Seit den achtziger Jahren berücksichtigte die Gruppe in ihren Gutachten neben der Arbeitslosigkeit zunehmend auch sozial-ökologische Fragen. Im Zentrum des diesjährigen, kürzlich veröffentlichten Memorandums, stehen aber Überlegungen wie die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit zu vermindern wäre.
Ausführliche Informationen sind direkt bei der **Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (Postfach 33 04 47, 28334 Bremen)** erhältlich.

Im Folgenden werden wesentliche Punkte kurz zusammengefasst.
1. Arbeitszeitverkürzung ist entgegen tausendfach wiederholten Gegenteils nach wie vor der wichtigste Weg geblieben, um die Zahl der Beschäftigten zu erhöhen. Eine Arbeitszeitverkürzung für die 31,4 Millionen abhängig Beschäftigten in Deutschland um 20% ließe 3,14 Millionen neue Stellen entstehen - selbst falls die Verkürzung nur zur Hälfte durch zusätzliche Neueinstellungen kompensiert werde!
Die Kosten für dieses Modell wären nach Auffassung des Memorandums sowohl auf Unternehmen als auch auf hochverdienende Arbeitende zu verteilen.
2. Wenn der private Verbrauch, die Kaufkraft, wächst, entstehen zusätzliche Arbeitsplätze. Wer mehr verdient und weniger Steuern zahl, gibt mehr aus. Besonders hoch ist der Effekt natürlich, wenn niedrige Einkommensgruppen entlastet werden.
Vorschlag für 1995: Eine Steigerung der Gehälter um 6% erhöhte die gesamtdeutsche (Netto-)Lohn- und Gehaltssumme um fast 49 Milliarden

DM. Würden hiervon sogar 12% gespart, stünden für zusätzliche Konsumausgaben immerhin noch 43 Milliarden DM zur Verfügung. Dies entspräche 430 000 zusätzlichen Arbeitsplätzen.

3. Ein öffentliches Beschäftigungsprogramm in Höhe von 100 Milliarden DM jährlich ist notwendig für eine Dauer von fünf Jahren. Ein Fünftel davon sollte den öffentlichen Wohnungsbau fördern (200.000 zusätzliche Arbeitsplätze). 40 Milliarden DM müssten für ökologische Verkehrsumgestaltung fließen, insonderheit um öffentlichen Nahverkehr und die Verbindung von Eisenbahn und Wasserstraßen zu fördern (400 000 neue Arbeitsplätze). Der Rest gilt dem Dienstleistungsbereich im öffentlichen Sektor: Kindergärten, Krankenhäuser, Pflegeheime, Schulen (400.000 Arbeitsplätze).
4. Aufgrund der fast doppelt so hohen Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland bedürfte es eines industriepolitischen Sonderprogrammes in Höhe von 20 Milliarden DM.
5. Konsolidierung und Ausbau der Arbeitsmarktpolitik kostet 10 Milliarden DM. Inbegriffen sind die Qualifizierungskosten für Arbeitslose, um ihnen den Weg in reguläre Beschäftigung zu ebnen.

Pro Jahr ergibt sich für dieses Programm ein Finanzierungsbedarf von 130 Milliarden DM. Im Ergebnis könnten rund 2 Millionen Arbeitsplätze geschaffen werden. Es gäbe somit rund sechs Prozent mehr Erwerbstätige als 1994.

Solchen Vorschlägen wird gemeinhin zuerst entgegnet, sie seien unbezahlbar, da das Geld dafür fehle. Was unterscheidet aber Geld z.B. von Haaren? Wenn ich weniger Haare habe, dann wäre es vermessen zu denken, andere hätten nun mehr. - Nicht so bei Geld! Es ist also stets auch eine politische Frage, woher Geld beschafft werden soll, wer derzeit zuviel davon bekommt. Doch zuerst muss gesehen werden, dass das Konzept selbst schon Einnahmen- und Ausgabenveränderungen hervorbringt. Der Zuschuss des Bundes für die Arbeitslosenhilfe würde um 10 Milliarden sinken. Die Einnahmen aus der Lohn- und Einkommenssteuer könnten hingegen um 20 Milliarden steigen. Damit wären 30 Milliarden gedeckt, bliebe noch ein Bedarf von 100 Milliarden, der sich so beschaffen ließe:

1. Kürzung des Rüstungshaushaltes (5 Milliarden DM) und Subventionsabbau (10 Milliarden DM) sparen 15 Milliarden DM ein.
2. Auf der Einnahmenseite könnten ein verbesserter Steuereinzug (15 Milliarden), eine Arbeitsmarktabgabe (19 Milliarden), eine Ergänzungsabgabe statt des „Solidaritätszuschlages“ (4 Milliarden), eine Investitionshilfeabgabe der gewerblichen Wirtschaft (15 Milliarden), eine Anleihe mit Zeichnungspflicht (15 Milliarden), eine Abgabe aus Geldvermögen (10 Milliarden) und die abgestufte Anpassung der Einheits- an die Verkehrswerte von Grund und Boden (20 Milliarden) die noch fehlende Summe einbringen.

Da die Mehreinnahmen nur langsam die Kassen füllen, entstände eine Finanzierungslücke, die kurzfristig durch öffentliche Nettokreditaufnahme gedeckt werden müsste.